

Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands, der Stukkateure und verwandten Berufsgenossen

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Gerausgeber und verantwortlicher Redakteur: Johann Stanting in Hamburg.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. — Der Abonnementspreis beträgt pro Quartal M. 1.— ohne Postgebühren, bei Zusendung unter Kreuzband M. 1.40. Anzeigen die dreispaltige Zeitzeile oder deren Raum 15 A. — Postkatalog Nr. 2788.

Redaktion und Expedition: Hamburg, Zollvereinsniederlage, Wilhelmstraße 13, erste Etage.

Inhalt: Der Sonntagsunterricht in der Fortbildungsschule. Eine interessante und wichtige Frage. — Wirtschaftlich-soziale Rundschau. Eine Notstands-Aktion. Eine „ordnungszeitliche“ That. Die Revision der Alters- und Qualifikations-Bestimmung. — Gewerkschaftliche Angelegenheiten. Zum Kongress der Gewerkschaften Oesterreichs. — Situationsberichte. — Gerichts-Chronik. — Literarisches. — Briefkasten. — Feuilleton: Gängende Eisenbahnen.

Der Sonntagsunterricht in der Fortbildungsschule.

Mit diesem Gegenstande haben wir uns in Nr. 43 unseres Blattes vom 28. Oktober 1893 eingehend beschäftigt. Wir nahmen da entschieden Stellung gegen die Ansichten und Vorschläge des hiesigen Gewerkschullehrers Dr. C. Glünger, welche dahin gehen, daß am Sonntagsunterricht festzuhalten sei. Herr Glünger sagt u. A.:

„Erstens muß der Sonntag mit zum Unterrichte der jungen Gewerbetreibenden genommen werden, weil die Aufgabe, diese jungen Leute für ihr Fach tüchtig zu machen, sich jetzt nach weniger als früher einzig und allein in den Abendstunden der Werkstätte erfüllen läßt, und besonders im dritten Lehrjahre, der wichtigsten Zeit des Lernens, die Abende nicht ausreichen. Zweitens kommt der junge Handwerker eben nur am Sonntage in körperlich ausgeruhtem Zustande, dabei innerlich gesammelt, frei von den Sorgen und Anstrengungen der Werkstätte, zum Unterrichte. Drittens ist für manche und zwar sehr wichtige Lehrgegenstände das Tageslicht unentbehrlich, so insbesondere für den Fachunterricht der Maler, Lithographen, Tischler, Tapezierer, Zinneverker, Graveure usw. Viertens bedeutet für viele junge Leute, die zu weit von der Schule entfernt wohnen oder arbeiten, um nach Feierabend noch zum Unterrichte zu kommen, der Sonntagsunterricht die einzige Möglichkeit, sich fortzubilden, — und die Zahl dieser Leute ist ziemlich groß. Fünftens endlich ist von großer Wichtigkeit, daß nur zu den Stunden am Sonntag Vormittag Lehrer gefunden werden können, die sonst nicht zu haben sind, wie Ingenieure, Architekten, Künstler, Handwerksmeister, Gelehrte.“

Wir haben diese Ansichten gebührend „gewürdigt“. Jetzt hat sie auch Dr. Max Duard, Frankfurt a. M. in der Zeitschrift „Blätter für soziale Praxis“ zum Gegenstande einer Kritik gemacht, die sich mit der unserigen in allen Hauptsachen völlig deckt.

Wir hatten u. A. bemerkt:

Wir belennen offen, daß wir auch ganz entschieden Gegner des Sonntags-Schul-Unterrichts sind. Aber für uns kommen ganz andere Erwägungen wie bei den Pfaffenparteien in Betracht. Wir wollen den Sonntags-Unterricht nicht deshalb beseitigt wissen, um den jungen Leuten Gelegenheit zu geben, in die Kirche zu laufen, sondern um ihnen die volle und ganze Sonntagsruhe zu sichern, deren sie nach angestrengtester Wochenarbeit so sehr bedürfen.

Allerdings, hätten wir nur die eine Wahl zwischen Kirchensuchen und Unterricht, so würden wir uns unbedingt für letzteren entscheiden. Aber wir halten den Kirchensuch für überflüssig und verlangen, daß der Unterricht auf die Wochentage verlegt werde.

Weshalb bekämpfen die großkapitalistischen sowie zünftlerischen Unternehmer diese Forderung? Nun, einfach deshalb, weil die Erfüllung derselben ihnen die Ausbeutung der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter beschränken würde.

Dr. Duard nun fährt aus: Es müge richtig sein, daß die neue Vorschrift der

Gewerbeordnung (§ 120, wonach vom 1. Oktober d. J. ab ein Sonntagsunterricht an gewerblichen Fach- und Fortbildungsschulen nur dann stattfinden darf, wenn die Unterrichtsstunden so gelegt werden, daß die Schüler nicht verhindert werden, den Gottesdienst zu besuchen) vorwiegend vom kirchlichen Interesse diktiert sei; trotzdem enthalte sie den Keim zu einer Reform und Hebung des Fortbildungswesens; man gelange an der Hand des § 120 zum Kern der heutigen Fortbildungsschulfrage, zur Fortbildungsschulpflicht. Jetzt besteht bekanntlich die fakultative Fortbildungsschule neben der obligatorischen.

Der Art und Weise gegenüber, wie Glünger nach Form und Inhalt argumentirt, kann man ruhig sagen: Wehe der Sache, die so vertheidigt wird! Zunächst wird die Forderung des Tagesunterrichts in der Woche in so übertriebener Form vorgetragen, wie sie keiner ihrer Freunde vertritt. Ganze Vormittage hat noch Niemand für den Fortbildungsunterricht verlangt; man war immer mit geschäftstüchtigen Stunden des frühesten Vormittages oder auch des Nachmittags zufrieden, wenn man nur überhaupt Tagesunterricht in der Woche erreichte. Nur Derjenige, der den Tagesunterricht in der Woche grundsätzlich nicht will, hat Anlaß, ihn in so übertriebener Ausdehnung als notwendig vorauszusetzen. Wenn aber darnach die Anforderungen, welche der Tagesunterricht in der Woche an das geschäftliche Interesse der Unternehmer stellt, so viel bescheidener sind, so fallen die Glünger'schen Vegengründe in sich zusammen: Ein paar Stunden in der Frühe oder ein paar Stunden des Nachmittags, und zwar nur an einzelnen Tagen der Woche, in welchen die Arbeitskraft des jungen Mannes der geschäftlichen Ausnützung für höhere Bildungszwecke entzogen wird, können keine „national-wirtschaftlich-schädliche“ Verursachung. Mit solchen Gründen gräbt man vielmehr dem ganzen Fortbildungswesen den Boden ab. Wer bürgt denn dafür, daß nicht eine ganze Reihe von Unternehmern auch die gewerbliche Ausnützung des Sonntagsvormittags als Lebensbedingung für ihre Geschäfte bezeichnen? Sie würden dann nur in den Spuren der Verfechter des Sonntagsunterrichtes wandeln, die ein so rührendes Verständnis für den „zähen Widerstand“ der Meister und ihren geschäftlichen Nutzen entwickeln. Und mit den Gründen bezüglich der Schullokale und Lehrkräfte verhält es sich ähnlich nach einer anderen Richtung. Erstens sind dieselben beispielsweise Mittwoch und Sonnabend wohl zu haben. Sodann heißt doch aber die Verufung auf die Schwierigkeit der Erlangung nichts Anderes, als eine Billigung des kläglichen Zustandes, unter welchem die Fortbildungsschulen auf solche Ausbühlmittel angewiesen sind. Man soll diesen Anlaß benutzen, um von Neuem darauf hinzuweisen, wie nötig die Fortbildungsschulen eigene Lokale, eigene Lehrer, eigene Lehrmittel brauchen, nicht aber mit dem jetzigen unvollkommenen Zustand alle Mißstände rechtfertigen und eine verfehlte Unterrichtszeit aufrechterhalten wollen.

Und daß der Unterricht am Sonntag ein verfehlter ist, daß er sich recht gut ohne Schädigung des Gewerbes auf Tagesstunden in der Woche verlegen läßt, das haben zahlreiche Schulen und Gewerbetreibende unter dem System des Fortbildungsschulzwanges wie der Freiwilligkeit bewiesen. Die Kunstgewerbe- und Handwerker-Schule in Magdeburg hat bereits ohne Zwang 45 Schüler in ihren Tagesklassen von 8—12 Uhr Vormittags oder 2—4 Uhr Nachmittags vereinigt. Ueber die Verlegung der Unterrichtszeit an der Schule des Gewerbevereins in Wies-

baden schrieb schon voriges Jahr ein Sachkundiger: „Wenn das Gesetz zu dem Unterrichte an einem Wochentage zwingt, wenn also beispielsweise am Mittwoch Nachmittag von 2—4 unterrichtet werden muß, so bedarf es doch wohl nur einer geringen Ueberwindung seitens des Meisters, die Zeit hier auszudehnen auf vier Stunden (im Winter etwa von 1—5 Uhr und im Sommer von 2—6 Uhr) und dafür den Sonntag ganz aufzugeben.“ Die Handelsschule zu Göttingen zählt, ohne daß ein Hund für ihren Besuch besteht, jährlich mehr als hundert Schüler und hat ihren Unterricht auf die Stunden von 6—11 Uhr Vormittags bzw. 2—6 Uhr Nachmittags gelegt. In Württemberg, das auch noch keinen Fortbildungsschulzwang kennt, macht sich seit längerer Zeit eine vom Volksschullehrerverein geführte Bewegung gegen die Sonntagschulen geltend; in einer Kundgebung desselben vom vorigen Jahre heißt es: „In unserer Zeit greift der Gedanke der Sonntagsruhe immer weiter um sich; man möchte auch den Lehrern und den Schülern den freien Sonntag gönnen. Es ist zu betonen, daß die Arbeit der Volksschule in den Werktag gehört. Und im Anschluß daran verdient Erwähnung, daß das amtliche Gewerbeblatt aus Württemberg“ kürzlich mittheilte, an einer der größeren gewerblichen Fortbildungsschulen des Landes sei der Unterricht vom Abend auf die Stunden von 5—7 Uhr verlegt worden.“ Es wird dann berichtet von „wesentlich besseren Unterrichtserfolgen“ und hinzugefügt, daß die Schüler willig gekommen seien, sowie, daß sich der Gewerbe-Schulrat einstimmig für das Festhalten an der Früherlegung ausgesprochen habe. In Basel haben, um auch eine ausländische Erfahrung zu erwähnen, die Gewerbetreibenden selbst die Verlegung des Fortbildungsunterrichts auf Tagesstunden der Woche beantragt, und die „Schweizerische Zeitschrift für Gemeinnützigkeit“ schrieb vor Kurzem: „Der Sonntag ist auch nicht der richtige Zeitpunkt für die Abhaltung der Schule. Wo sonst Alles feiert, da soll auch der Lehrling Feiertag haben. Weiter ist zu bedenken, daß gerade der im Wachstum begriffene Jüngling nach sechs schweren Arbeitstagen der Ruhe und Erholung bedarf, die ihm der Sonntag geben soll. Gebe Gott, was Gottes ist, mit dem Menschen, was des Menschen ist! Eine gerechte, wie zugleich günstige Resultate versprechende Schulzeit ist darum nur in der werktätigen Arbeitszeit zu finden. Allerdings kann in dieser Beziehung nicht für Alle die gleiche Unterrichtszeit festgesetzt werden; ist doch das Leben so vielgestaltig, daß es sich nicht nach einer Schablone einrichten läßt. Deshalb ist es empfehlenswerth, ruhig und sachlich die besonderen Verhältnisse zu prüfen und darnach die Festsetzung der Schulzeit zu treffen, allerdings unter Wahrung des Grundsatzes, daß dieselbe in die Arbeitszeit fällt; kein Meister, kein Fabrikherr, kein Landwirth geht dabei zu Grunde. Uebrigens werden sich unsere Gewerbetreibenden auch bald daran gewöhnen, umsomehr, wenn bei der Festsetzung der Schulzeit ihre beratende Stimme gehört wird.“

Angeichts dieser Fälle von Belegen für die Entbehrlichkeit des Sonntagsunterrichtes sogar unter dem System der Freiwilligkeit, soll hier ganz darauf verzichtet werden, die günstigen Erfahrungen aus den deutschen Bundesstaaten mit Fortbildungsschulzwang (z. B. Sachsen und Baden) noch besonders anzuführen. Nur ein letztes Bit darf den Verfechtern des Sonntagsunterrichts entgegengehalten werden: auf der Kölner Generalversammlung des Verbandes

deutscher Gewerbevereine" selbst, im November 1892, stellten sich nach dem eigenen Bericht des Verbandsorganes zwei Praktiker auf den Standpunkt, daß es eine Ueberforderung sei, von dem Sonntagsunterricht als einer "Lebensfrage" der Fortbildungsschulen zu sprechen. Der Delegierte Henrich sagte: "Wir sind der Ansicht, daß die Ausbildung des Lehrlings in den Fortbildungsschulen zur Gesamtausbildung gehört. Ist das richtig, so müssen wir aber auch Zeit finden, ihm das zu gewähren, was er nötig hat. Lassen wir dem Lehrling, der in der Woche genug schlechte Luft geathmet hat, den Sonntag frei, damit er in der Familie ausruhen kann." Und Schulvorstand Schott-Freiburg i. B. fügte dem hinzu: "Wir hatten Unterricht an Wochentagen und Sonntagsunterricht. Nach einer Verordnung unserer Oberschulbehörde darf der Unterricht an Sonntagen überhaupt nur zwei Stunden betragen; auch geht unsere Regierung mit der Ansicht um, den Sonntagsunterricht ganz abzuschaffen. ... All dies veranlaßte unsere städtische Schulverwaltung, den Sonntagsunterricht schon jetzt fallen zu lassen. Ich kann nur sagen, daß dabei Schule, Schüler und Lehrer gut gefahren sind. Von Seiten einzelner Arbeitgeber sind anfangs Einsprüche erfolgt, sie sind aber verstummt. Ich kann behaupten, daß der Ausfall des Sonntagsunterrichtes ohne Schädigung des Gewerbes geblieben ist."

Angeichts solcher Aussetzungen erscheint es als ungeheuerlich, daß sich immer noch Leute finden, welche fanatisch den Sonntagsunterricht verteidigen. Diese Agitation läßt sich nur erklären aus geistiger Beschränktheit oder maßloser Ausbeutungssucht, die den geplagten Lehrlingen den Sonntag nicht gönnt. Die wüthendsten Verteidiger des Sonntagsunterrichtes finden sich natürlich unter den Frühlingsmännern, die beständig von einer Reform des Lehrlingswesens fasziniert und sich als die berufenen Reformatoren erachten.

Eine interessante und wichtige Frage.

die seit einiger Zeit in gewerkschaftlichen Kreisen, so auch in den Reihen der Mitglieder des Zentralverbandes der Maurer, lebhaft erörtert wird, ist die: Ob hohe Beiträge in den Gewerkschaften eine Verringerung der Mitgliederzahl bewirken, bzw. ob durch niedrigere Beiträge die Teilnahme der Berufsgenossen an der Organisation erhöht wird?

Durch die von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands angenommene Statistik, welche sich auch auf Beitragshöhe und Mitgliederzahl bezieht, erfährt die Streiffrage eine höchst beachtenswerte Beleuchtung.

Es wird nämlich konstatiert (was den mit den gewerkschaftlichen Verhältnissen Vertrauten schon längst kein Geheimnis war), daß diejenigen Organisationen, welche die höchsten Beiträge von ihren Mitgliedern fordern und dementsprechend natürlich auch die höchsten Leistungen üben, durchgängig in ihrer Mitglieder-

zahl die höchsten Prozentsätze sämtlicher Berufsangehörigen repräsentieren.

Der "Correspondent", das Organ der Buchdrucker, veranschaulicht dies näher durch eine aus dem erwähnten statistischen Material zusammengestellte Tabelle und darauf gezielte Prozentberechnung.

Der verzeichnete Beitrag versteht sich, wie gesagt, pro Kopf jedes Mitgliedes, die mit gebrachten Zahlen sämtlicher Berufsangehörigen sind der vorjährigen Statistik der Generalkommission entnommen.

Es wird darnach folgende Uebersicht gewonnen:

Gewert	Jahresbeitrag	Zahl der Mitgl.	Proz. all. Berufsangeh.
Buchdrucker	44,61	6 000	50
Gutmacher und Kürschner	33,90	3 670	18
Glacéhandschuhmacher	28,71	2 220	74
Porzellanarbeiter	20,06	5 110	25
Bildhauer	16,88	2 810	56
Zigarrenfortiker	12,92	480	24
Kupferschmiede	11,58	2 630	85
Leberarbeiter	10,97	1 880	8 1/2
Zakalarbeiter	9,87	11 089	11
Seller	8,76	270	8
Stellmacher	8,43	475	2
Glödarbeiter	8,09	1 945	4
Maner	8,08	11 840	3
Formenr.	7,46	2 495	7
Zischer	7,32	18 090	2
Drechsler	7,06	2 300	8
Schmiede	7,06	1 700	2
Himmerer	6,85	8 370	5
Schneider	6,50	6 270	5
Metallarbeiter	6,35	26 120	8
Bürstenmacher	6,54	860	11
Steinseher	5,62	1 925	18
Glasler	5,41	1 500	18
Barbiere	5,23	515	3
Müller	5,14	1 150	2
Büchsbinder	5,13	2 750	5
Formenmacher und Tapetenbinder	3,65	450	22
Bauarbeiter	2,77	2 000	1 1/2
Korbmacher	2,77	1 105	8 1/2
Brauer	2,75	3 600	7
Holsarbeiter	2,22	610	2
Gold- und Silberarbeiter	2,18	1 935	8
Bergarbeiter	1,89	555	5

Obenan figuriren also diejenigen Verbände, welche die höchsten Beiträge erheben. Die Buchdrucker mit den höchsten Anforderungen werden zwar noch übertroffen von den Bildhauern und Glacéhandschuhmachern, doch ist dieser Ausnahmestand mit nachfolgenden Klassenkämpfen, der den Mitgliederstand etwas verringert, in Betracht zu ziehen, und ferner ist nicht außer Acht zu lassen, daß es sich die Prinzipale seit Bestehen des Verbandes opfermüthig zur Aufgabe machten, durch Gegenorganisationen, als da sind die Freie Vereinigung und Orts-Nichtverbandsklassen, neuerdings das Weinweberthum und die Prinzipalstasse, den Verband das Terrain abzugraben; deshalb ist nur ein geringer Theil Buchdrucker "wild", daher auch die Schwierigkeit unserer Agitation und unseres Zuwachses, der ja nichtsbewogener ein ziemlich zufriedener Stand ist.

Man muß sonach die Virgierungskraft städtiger Klassenleistungen sehr hoch anschlagen. Dieses Exempel wird nicht bloß auf die Buchdrucker gestützt, als viel-

mehr auf die ganze Reihe der trotz höchster Beiträge am besten organisierten Gewerke. Selbstverständlich trifft es zu, daß die zuerst genannten acht starken Organisationen insbesondere Arbeitslosenunterstützung zahlen, und zwar zahlten pro Kopf jedes Mitgliedes: Buchdrucker Mk. 14,92, Porzellanarbeiter 10,14, Glacéhandschuhmacher 9,81, Futtmacher 9,75, Zigarrenfortiker 7,10, Kupferschmiede 3,33, Leberarbeiter 0,32. Wir sehen die Leberarbeiter, man möchte fast glauben infolge der geringen Leistung für Arbeitslose, verhältnismäßig am tiefsten stehen und doch den meisten anderen voraus, weil sie wenigstens eine angemessene Arbeitslosenunterstützung gewähren; aus diesem Umstande vereinigt auch der Zakalarbeiterverband zahlreiche Berufsgenossen in sich. Die Bildhauer, keine Arbeitslosenunterstützung gewährend, finden ein Binde- und Zugmittel sichtlich in der Invalidenunterstützung und einer erheblichen Beihilfe in Sterbe- und Nothfällen.

Fassen wir sodann die hohe Prozentzahlen aufweisenden Gewerkschaften mit den geringeren Beiträgen in's Auge, das sind die Bürstenmacher, Steinseher, Glasler und Formenstecher, so gemahren wir, daß die Glasler auch Arbeitslosenunterstützung führen, die Steinseher dafür ein reichliches Sterbegeld zahlen. Bei den Bürstenmachern und Formenstechern läßt sich die Stärke aus den Unterstützungen nicht erklären, denn sie gewähren wenig oder garnichts in den mancherlei Zweigen. Es sind an sich kleine Organisationen mit ausnahmweisen Verhältnissen. Zu nennen wären noch die Formen mit 7 pzt., Drechsler, Metall- und Gold- und Silberarbeiter mit 8 pzt., ebenso die nebst einigen anderen Gewerkschaften, die das Bild aber nicht verrücken, fehlenden Schiffsbauarbeiter mit 18 pzt.; alle diese Organisationen erfreuen sich rühmlicher Leistungen und eines regen inneren Berufslebens, haben auch billige und dabei gute Blätter, während einige Organisationen, wo die Fachblätter das meiste Geld von allen kosten, den niedrigsten Stand aufweisen.

Aus der Tabelle läßt sich feststellen, daß die Leistungskraft der Gewerkschaften, trotz der vorausgesetzten höheren Steuern, ein starker Magnet ist zur Heranziehung von Mitgliedern. Die Theorie von der Nützlichkeit niedriger Steuern, gleich geringer Leistungen, von dem "geistigen Bande", scheidet an der Thatsache, wie sie uns die Statistik lehrt. Die Gewerkschaften sind eben nur verwertbar für pure materielle Zwecke, Ideale verfolgen die Menschen in allgemeinen Kreisen, wo dies lohnender ist.

Ursprünglich wollte der "Correspondent" die in den einzelnen Branchen üblichen Löhne mit in den Kreis der Betrachtung ziehen, insofern nur die verzwickten Nachweisungen der Berufsgenossenschaften, die außerdem vielfach die verschiedensten Verufe umfassen, ständen, dafür zu Gebote und das gäbe ein beschriebenes Bild. Immerhin ist an diesen Nachweisen zu konstatiren, daß die Aufwendungen für die Gewerkschaften nichts weniger als im Zusammenhange stehen mit höherem oder niedrigerem Lohn. Es ist ja wahr,

Hängende Eisenbahnen.

Das seltsame Bild, drei Menschen zu treffen, die über einen Gegenstand der gleichen Meinung sind, wurde mir im Verkehrsamt-Geblüde der Chicagoer Weltausstellung zu Theil. Ich sprach da eines Tages nacheinander mit drei Herren, die mir, unabhängig voneinander, die gleiche Versicherung gaben: Die hängende Eisenbahn ist die Eisenbahn der Zukunft. Freilich ging ihre Ueberzeugung über diesen allgemeinen Satz nicht hinaus. Wie die hängende Eisenbahn der Zukunft im Einzelnen beschaffen sein müsse, darüber hatte jeder der drei Herren seine besondere, von denen der beiden anderen abweichende Ansicht. Denn die drei Herren waren die drei Erfinder der drei verschiedenen in Chicago zur Ausstellung gelangten Systeme von hängenden Eisenbahnen.

Man pflegt gerne zu sagen, das moderne technische Zeitalter habe den Glauben verloren. Das ist nicht richtig. Wir glauben, wir glauben sehr viel, vielleicht noch mehr als unsere Vorgänger, wir glauben nur Anderes. Wir glauben nicht mehr an die überlebensfähigen Wunder der Bergangenheit, sondern an die erst noch zu schaffenden Wunder der Zukunft, und dieser Glaube ist vielleicht kräftiger als jener. Unter einer Kategorie von modernen technischen Menschen, z. B., unter den amerikanischen Eisenbahn-Ingenieuren sind es gewiß nur Wenige, die nicht glauben, daß die hängende Eisenbahn der Zukunft ein System von hängenden Eisenbahnen sein wird. Die hängende Eisenbahn ist die Eisenbahn der Zukunft kann nicht durch den Dampf erreicht werden, sondern durch die Elektrizität. Die hängende Eisenbahn wird durch zwei Hauptarten auf den Dampf gesehen, den wir zur Signatur des Zeitalters machen, wie folgt: die 80 und 200 Kilometer-Eisenbahngeschwindigkeit, die wir dem Dampf verdanken. Man glaubt, daß die Dampfkraft eine Steigerung der Geschwindigkeit in der Zukunft ermöglichen würde. Sie hat es auch gethan. Der Exposition Flyer, der in der Welt-

ausstellungzeit zwischen Chicago und New York verkehrte, fuhr circa 1600 Kilometer in 20 Stunden, also etwa 75 Kilometer pro Stunde. Aber man sollte, daß man damit bereits hart an die Grenze des der Dampf-Möglichkeit gekommen sei. Der Exposition Flyer schrittete hart, war sehr hochfahrig und die bestehenden Betriebsbedingungen, so z. B. die Signale, erwiesen sich für ihn als unzureichend. Die amerikanischen Ingenieure halten dafür, daß die denkbar höchste Fahrgeschwindigkeit mit Dampf 100 englische Meilen (160 Kilometer) nicht übersteige, und daß auch sie nur unter besonders günstigen Bedingungen und starker Kostenersparnis zu erzielen wäre. Wagt das Ideal noch höher, so kann es nicht mehr durch den Dampf, sondern nur durch die Elektrizität erreicht werden. Das sprachwörtliche "mit Dampf arbeiten" scheint sich auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens bald überleben zu sollen.

Zweites Dogma: Die Eisenbahn der Zukunft darf sich nicht auf dem Boden bewegen; statt ihren Schwerpunkt oberhalb, muß sie ihn unterhalb der Räder haben; statt auf den Schienen zu laufen, muß sie von den Schienen herabhängen. Dies ist das Prinzip der hängenden Eisenbahn.

Unter den in Chicago ausgestellten drei Proben von hängenden elektrischen Eisenbahnen schien das der Cook Elevated Electric Railway am besten ausgearbeitet zu sein. Es hatte nur ein Modell der Bahngänge und lief im Kreis herum. Aber es war fast genug, um eine Vorstellung davon zu geben, wie die hängende Eisenbahn in praktischer Verwendung aussehen würde. Sie ist natürlich eine Hochbahn. In der Straße, entlang der beschriebenen Eisenbahnlinie, steht alle 20 bis 50 Fuß ein sterner Tragebohlen aus circa 18 Fuß Höhe. Auf diesen eisernen Tragebohlen liegt ein fortlaufendes, vertikal aufrecht stehendes eisernes Band — das Geleise. Der obere und der untere Rand des Bandes sind Schienen. Während in dem bisherigen System unteren Eisenbahnen die Schienen nebeneinander liegen, sind sie hier — an dem vertikal stehenden Band — übereinander gestellt. Unterhalb wird heuteutage bei jedem Geleise eine Linke und eine rechte Schiene, so haben wir es hier mit einer oberen und einer unteren Schiene zu thun. Welches bisherige System liegt das Geleise, bei dem Cook'schen steht es. Dem Geleise der Wagen auf dem Geleise, hier hängt er an dem Geleise, er hängt vermittelst Räderpaaren, die, statt wie bisher nebeneinander, hier entsprechend

den Schienen übereinander angebracht sind. Ist dort das Räderwerk und das Geleise (truck) des Waggons unter dessen Boden, so ist es hier an dessen einer Seitenwand. Man denke sich einen unserer Eisenbahnwaggons, mit einem dem Geleise, auf dem er steht, um einen Winkel von 90 Grad nach links oder rechts aufwärts gedreht, und man hat ungefähr eine Idee von der hängenden Eisenbahn Cook'scher Konstruktion. Sie hängt nicht mit ihrer Decke, sondern mit ihrem Kopf, am Geleise, sondern mit ihrer Seitenwand, mit einem, z. B. dem rechten, Arm und Bein. Kann man die Eisenbahn geschäftlicher Konstruktion mit einem auf seinen Füßen stehenden Menschen vergleichen, so ist die Cook'sche einem Turner ähnlich, der mit dem rechten Arm und Bein die Kletterstange, an die sich haltend, umschlingt und die linken Extremitäten frei in die Luft streckt. Die dem Geleise abgewendete Seitenwand des Waggons steht frei, sie hat Thürten, durch welche die Passagiere ein- und aussteigen. Die Waggons sind nach vorne (und hinten) scharf zugespitzt gebaut, um das Durchschneiden der Luft zu erleichtern. Als besonderer Vorzug wird die Wichtigkeit der Waggons gerühmt; während bei den gewöhnlichen Eisenbahnen die Maschine und die Wagen allein ungefähr zehnmal so viel wiegen als die Last, soll hier das Gewicht des Waggons (inklusive Maschine) nie das der Last übersteigen. Stoß und Geräusch sollen bei dieser Bahn auf ein Minimum herabgesetzt sein, ihre Bewegung soll, wie der Turner wenigstens rühmt, so gleichmäßig und angenehm sein, wie die auf ruhigem Wasser. Dabei wird dem neuen System eine höchstgradige Sicherheit nachgerühmt, für die allerdings in der Konstruktion Sorge getroffen ist.

Darüber noch einige Worte. Wir haben von den beiden Schienen gesprochen; auf jeder von ihnen läuft ein Rad, aber nur das auf der unteren Schiene laufende, treibt den Wagen; die untere Schiene ist nach unten aufwärts gebogen und das betreffende Rad hat einen zugespitzten Stadtrand. Die obere Schiene ist einem Krage ähnlich, nach aufwärts und aufwärts gebogen. Auf ihr läuft das obere schließende Rad, dieses ist aber nicht Treibrad, sondern lediglich antifriction wheel, ein Rad zur Verringerung der Reibung. Aus dem oberen Theile des Waggons nämlich streckt sich ein starker Eisenarm hervor, der auf der oberen Kante des eisernen Bandes aufliegt und an dem der ganze Wagen an dem Band aufgehängt ist. Bewegt sich nun

daß die Buchdrucker die fünfte Stelle einnehmen bei der Lohnskala, aber z. B. die Brauer und Mäler, deren Lohnsatz Mt. 77 jährlich höher (Mt. 973) notirt ist, zahlen wenig mehr als den sechsten Teil ihrer Steuer, und im Allgemeinen differieren die Löhne der gelehrten Arbeiter nur um wenig, kolossal dagegen die Leistungen zu den Gewerkschaften. Die Größe oder Schwäche der Gewerkschaften hängt demzufolge offenbar hauptsächlich von der Beschäftigung oder Inaktivität der Arbeiter ab.

Wirtschaftlich-soziale Rundschau.

Um die Meinung auch der Arbeiter über die Enquete zu lernen, bereitet man jetzt eine weitere Enquete im Reichsamt des Innern vor. Der letzten Erhebung hat man mit Recht vorwerfen können, daß Beschäftigte, Obersteiger und ähnliche Arbeiter, mit einem Worte Vertrauensmänner der Unternehmer und nicht der Arbeiter, befragt wurden. Die Kritik hat gezeigt, der preussische Handelsminister hat sich nun an Arbeiterorganisationen gemandt. Mit einem unternehmerfreundlichen Instinkt hat er glänzend erwidert, welche Arbeiterorganisationen am wenigsten berufen sind, als Vertreter der Arbeiter zu sprechen und diese, nämlich die kirchlich-wirtschaftlichen Gewerkschaften, hat er beantragt, Vertreter zur Enquete zu entsenden.

Ueber die geplante Novelle zum Unfallversicherungs-Gesetz macht die Rhein. Westf. Ztg. folgende nähere Angaben: Die meisten Veränderungen betreffen das Unfallversicherungsgesetz vom 6. Juli 1884. Zunächst soll die Versicherungspflicht auf alle Handwerker ausgedehnt werden. Ferner sollen ferner Arbeiter und Betriebsbeamte, die bisher nur bei der Beschäftigung einzelner Arbeiten der Versicherungspflicht unterliegen, bei allen Arbeiten dieses Betriebes versichert werden. Den Berufsvereinigungen soll gestattet werden, faktisch zu bestimmen, daß die Unfallversicherungspflicht auf alle Unfälle ausdehnt, die versicherungspflichtige Arbeiter bei einer Tätigkeit erleiden, zu welcher die Arbeitgeber die Bewilligung geben. Auch soll die Unfallversicherung auf Strafgefangene erstreckt werden, wenn diese Unfälle bei einem versicherungspflichtigen Betriebe erleiden, in dem sie während der Strafvollstreckung beschäftigt werden. Die Unfallversicherung soll ihnen vom dem Zeitpunkt ihrer Entlassung aus der Haft gewährt werden. Die Berufsvereinigungen sollen berechtigt sein, sich mit Unfallversicherungspflichtigen für die eine Rente von 15 oder weniger Prozent für völlige Erwerbsunfähigkeit festsetzen zu lassen, eine angemessene Kapitalzahlung abzugeben. Sie sollen weiter auch nach dem höchsten Lebensalter berechtigt sein, Rente der Rente freie Kur und Versorgung in einer Heilanstalt zu gewähren. Die Unfallrente soll, so lange der Berechtigte nicht im Stande wohnt, die Wohnung eines das Reichsgebiet dauernd verlassenden Ausländers soll ein für allemal auf den dreifachen Betrag der Jahresrente festgesetzt werden. Für die Novelle zum Unfallversicherungsgesetz vom 28. Mai 1886 wird eine weitere Ausdehnung der Versicherungspflicht auf kleinere Fußwerkbetriebe vorgeschlagen, die ohne Arbeiter betrieblieben, sowie auf die Lagerer und das Fußwerk im Handwerksbetriebe. Das weitere das gemeinsame Handwerk der Versicherungspflicht unterworfen werden soll, ist bereits anderweitig bekannt geworden. Endlich soll sich die Unfallversicherungspflicht auf alle Seefahrzeuge unter 60 Kubikmeter Rauminhalt erstrecken und die Versicherungspflicht selbst, die Rente an die Hinterbliebenen der Mannschaften verschollener Schiffe schon vor Ablauf eines Jahres anzuschließen.

Der Segen der reichsgesellschaftlichen Unfallversicherung. Am 28. Februar 1891 verunglückte der Schlosser K., welcher bei der Firma Gruson in Magdeburg beschäftigt war, beim Montieren eines preussischen Panzersturms dadurch, indem die beiden Hülsenbetriebe des Geschützes zu früh entzündet wurden, und K. eine Querschuß erlitt. Nachdem der Unfall in Kraft trat, konstatirte der Unfallarzt Dr. Fischer in Magdeburg, daß

K. nicht arbeitsfähig sei, und bewilligte die volle Rente auf Grund folgender Befunde:

Augen-, Herz-, Nieren- und Reizenleiden infolge des Unfalls.

Die volle Rente bezog K. bis Oktober 1892. Dann wurde dieselbe auf 50 pBt. reduziert, und wurde diese Kürzung dadurch motivirt, daß K. zum Theile arbeitsfähig sei. Auf Einpruch des K. wurde selber neuerdings untersucht, und schloß sich der mit der Untersuchung betraute Professor Untersticht dem Gutachten des Unfallarztes an, nur mit dem Bemerkten, daß das Augenleiden schon von früher herrühre und nicht vom Unfälle.

Nun ging K. zum Reichsversicherungsamt, wurde auf Beschluß dieses abermals untersucht, auf Grund der ärztlichen Gutachten abgewiesen. Da K. von der Rente von 38 pBt. seine Familie nicht erhalten konnte, schrieb er an das Grusonwerk, in welchem er verunglückte, und bat um Beschäftigung irgend welcher Art.

Die Direktion versprach ihm selbe, stellte ihm auch ein, doch verlangte die Fabrikverwaltung eine nochmalige Untersuchung. Der mit der Untersuchung betraute Rosenarzt Dr. Ende konstatirte, daß K. nicht arbeitsfähig sei, und war Dr. Ende derselbe Arzt, welcher K. einige Jahre früher bei der Aufnahme als Genuß erkrankte. Respektlos besitzt K. mehrere Atteste von anderen Ärzten, welche alle ihn für gesund erklärten vor seinem Unfälle.

K. war vor seinem Unfälle niemals krank, bezog niemals irgend welches Krankengeld, war drei Jahre Soldat, ohne jemals krank gewesen zu sein, und doch will die Rente seinen Augenfehler nicht mit dem Unfall in Einklang bringen, und wurde seine Rente von 50 pBt. abermals und zwar um 25 pBt. gekürzt. K. erhob Widerspruch und wurde vom Reichsversicherungsamt, welches den Termin am 16. Dezember ansetzte, abermals abgewiesen.

Reichsversicherungsamt. Gegen Krankheit sind jetzt 77, Millionen, gegen Invalidität 11 Millionen und gegen Unfall 18 Millionen Deutsche versichert; durch die Novelle zum Unfallversicherungsgesetz, wonach auch alle selbständigen Handwerker gegen Unfall versichert werden sollen, dürfte die Zahl der gegen Unfall versicherten Personen auf 20 Millionen steigen.

Kapitalistische Entschleunigung. Von den im Besitze von Aktiengesellschaften, Gewerkschaften und dem Staatsschatz befindlichen Eisenlokomotiven in Sachsen ergab sich im Jahre 1892 Ueberflüsse: der Erzgebirgische Eisenlokomotivverein 312 000, Fortschritt-Eisenlokomotivverein 76 000, Schadow-Eisenlokomotivverein 194 180, Juidauer Eisenlokomotivverein 700 000, Juidauer Bürger-Gewerkschaft 500 000, Juidauer-Dörhohndorfer Eisenlokomotivverein 278 400, Rodma-Hohndorf Verein 318 428 318, Westdortler Eisenlokomotivverein 238 505, Eisenlokomotivverein Gottes Gabe 170 840, Eisenlokomotivverein Hohndorf 124 410, Eisenlokomotivverein Rottgerode 118 905, Magdauer Eisenlokomotivverein 180 000, Delnsberger Bergbau-Gewerkschaft 87 800, Rönigkische Eisenlokomotivverein 705 498. Die Ueberflüsse betragen insgesammt 4 141 081, gegen 4 988 868 im vorhergehenden Jahre.

Zur Pflege ihrer Rentnervaleutanten haben die Wiener Genossenschafts-Krankenkassen, welche in einem Verband vereinigt sind, kürzlich einen Betrag von 40 000 Gulden bewilligt. Der Verband hat für diesen Zweck ein Haus mit Garten und Wiesengrund um den Preis von 28 000 Gulden angekauft; das Grundstück befindet sich in sehr günstiger Lage, so daß es für seine Zwecke sehr geeignet wird. Die Einrichtungen und Abapftrungskosten sind mit 1500 fl. veranschlagt; die laufenden Jahresausgaben wurden, wie folgt, berechnet: Verwaltungskosten 8650 fl., Ausgaben für Arzt und Heilmittel 420 fl., Beheizung 6300 fl., in Summa also 10 870 fl.

Die Wirkungen des Kapitalismus sind überall die gleich furchtbaren. Ueberflüss, Luxus auf der einen, Armut, Mitleidlosigkeit auf der anderen Seite. Wie in allen Großstädten, so wird auch in Wien die Zahl Dorer, die von allen Mitteln entbehrt, auf die öffentliche Wohlthätigkeit angewiesen sind, eine in jedem Winter größere. Ueber den Verkehr in den dortigen Wärmehallen wird berichtet: In den letzten fünf Tagen

wurden dieselben von 79 146 Personen, 24 985 Männern, 24 588 Frauen und 29 573 Kindern besucht, die mit 81 307 Portionen Suppe und 81 780 Portionen Brot versorgt wurden. Eine lange wird ein System, das solche Strafen zeitigt, wohl noch bestehen können.

Die Arbeitslosenkommission in Basel sammelte 15 000, die Regierung (des Kantons) gab 10 000, so daß 25 000 zur Verfügung gelangen konnten. Dahingegen hätte diese Regierung sich bemächtigt gefügt, 25 000 Fr. den Bauern zu bewilligen zur Anschaffung von Rostfütter. Das ist jedenfalls ein Beweis, daß auch die demokratische Republik noch sehr weit davon entfernt ist, alle Bürger als gleichberechtigt zu betrachten.

10 658 Zahlungseinstellungen gab es 1893 in England gegen 9609 im Vorjahr, davon 1099 gegen 1189 im Großhandel. (Es gehen mehr kleine als große Kredite, das große Kapital konjunkt ist). In England und Wales allein werden die Verluste aus den Zahlungseinstellungen auf 10 696 453 Pfd. St. (M. 218 929 660) gegen 9 451 815 Pfd. St. (M. 189 036 800) im Vorjahr geschätzt.

Arbeitslose in Amerika soll es nach Angabe „Bradstreet's Journal“, dessen Untersuchungen sich auf 119 Städte der Vereinigten Staaten erstrecken, gegenwärtig 800 000 geben. Die Zahl der von diesen abhängigen Personen läßt man auf 2 Millionen. Hinguzugerechnet, daß 3 000 000 Statistiken im Allgemeinen als zuverlässig gelten. Auf jeden Fall stimmen die Nachrichten aus Amerika darin überein, daß die Arbeitslosigkeit in diesem Winter geradezu ungeheuerliche Dimensionen angenommen haben muß.

Eine Nothstands-Aktion

haben bekanntlich die sozialdemokratischen Vertreter in der Berliner Stadtdienervereine vorerwähnt beantragt. Dasselbe sollte eine Nothstands-Aktion sein, welchem unser Genosse Singer angehört. In einer Reihe von Sitzungen wurden die sozialdemokratischen Vorschläge erörtert. Von besonderem Interesse sind die Verhandlungen in der Sitzung vom 10. Januar.

Der in dieser Sitzung erschienenen Vertreter des Magistrats für die Hochbauabteilung gab eine Uebersicht über die Arbeiten, die innerhalb seiner Verwaltung vorliegen und erklärte, daß alle genehmigten Projekte in Angriff genommen seien und, soweit dies im Winter möglich, fortgeführt werden. Nach Ansicht des Magistratskommissars kann die Hochbauverwaltung nicht viel zur Beschäftigung Arbeitsloser beitragen. Ein ordentlicher Schneefall gebe mehr Arbeitslose Beschäftigung und Verdienst, als die Bauverwaltung in Wochen schaffen könne.

Große Bauten hätten im letzten Jahre nicht stattgefunden, und was etwa noch an Arbeiten in Angriff genommen werden könnte, sei wegen der dadurch erfolgten Vertiefung nicht im Winter zu beginnen.

Stadtdirektor Singer erwiderte darauf hin, daß die zur Erbauung eines fähigen Krankenhauses bewilligten Mittel für Vorarbeiten zur Einhebung des Zerrins keine Verwendung gefunden haben und daß es wohl möglich wäre, im Winter, wenn auch nicht die Außenarbeiten, so doch die Arbeiten im Innern der Gebäude fortzuführen und dadurch nach Möglichkeit Arbeit zu schaffen. Dadurch, daß ein Magistratsmitglied auf eine das Submissionswesen betreffende Verfügung aus der vorherigen Sitzung zurückgriff, entspann sich eine lebhaft Diskussion über die Frage, ob die Stadt ihre Arbeiten im Submissionswege verbinden oder in eigener Regie ausführen solle.

Die Magistratsmitglieder traten energisch dafür ein, daß Ersteres geschehe und betonten, daß die Beträge, welche die Stadt mit den Unternehmern schließt, vielfach zu Verlust für dieselben führen, weil die Unternehmer sich gegenseitig unterbieten und die Stadt dadurch finanzielle Vorteile habe. Dieser Weg entspreche den finanziellen Interessen der Gemeinde, und ein Verbot derselben zu Gunsten städtischer Regie-Arbeiten sei nicht empfehlenswert. Der Antragsteller Singer wandte sich gegen das herrschende Submissionswesen und betonte, daß, wie die Vorgänge in London und anderen englischen Städten beweisen, die Gemeinden, trotzdem sie den von ihr direkt beschäftigten Ar-

der Wagen, so müßte dieser Arm auf der oberen Kante des Bandes weitergeschleift werden, was einen großen Reibungs- widerstand hervorbringen würde. Um das zu vermeiden, läßt man diesen Arm in ein Rad, eben das antifriction wheel, auslaufen, das sich auf der oberen Schiene leicht mitbewegt, sobald der Wagen durch das andere Rad getrieben wird. Der Arm ist so stark, daß er den vollständigen Wagen am Band festhalten würde, selbst wenn alle anderen Verbindungen zwischen Wagen und Band zerbrochen wären. Im ruhenden Zustand hängt das Gewicht des Wagens am Arm und oberen Rad, sobald die Bewegung beginnt, geht es auf das untere, das treibende Rad über. Der Erfinder behauptet, daß das treibende Rad ohne Schwierigkeit 2000 Umdrehungen pro Minute machen kann, was bei einem Durchmesser von 30 Zoll eine Wageneschwindigkeit von 15 000 Fuß in der Minute ergäbe. Die untere Schiene ist doppelt ausgehöhlt, auf ihrer oberen Fläche läuft, wie gesagt, das treibende Rad, auf ihrer unteren Fläche läuft ein anderes kleineres Rad, guides wheel, das den Wagen hindern soll, aus dem Geleise zu fallen. Bemerktlich einer Hebelvorrichtung kann es auch als Bremse benutzt werden. Ein zweites, am unteren Theile des Wagens angebrachter Hebel ermöglicht es, beim Bremsen eine Eisenplatte gegen die untere Schiene wie einen Hemmschuh vorzuschieben. Auch die obere Schiene ist doppelt ausgehöhlt. Auf ihrer oberen Fläche läuft, wie bereits bemerkt, das Antifrictionrad. Auf ihrer unteren Fläche, welche im Durchschnitt wie ein ungeschliffener Tropf ausfällt, läuft der elektrische Strom durch, hier befindet sich die Metallbürste, welche an einem Arm befestigt ist, der aus der hinteren Seitenwand des Wagens herausragt und zu dem im Waggon untergebrachten Motor führt.

Von der durch den elektrischen Betrieb angeordneten erhöhten Fahrgeschwindigkeit abgesehen, hat das Coolidge-System unseres Erachtens nach einen besonderen Vortheil vor den gegenwärtig in amerikanischen Städten benutzten Dampf-Hochbahnen voraus, und das liegt in dem veritabel stehenden Geleise. Es ist kein Zweifel, daß die Dampf-Hochbahnen mit ihrem horizontal liegenden Doppelgeleise, welches als breiter Viadukt über die Mitte der Straße gelegt ist, die Straßenzüge, durch welche sie gehen, verunreinigen und verfinstern. Das wirkt geradezu abseufend, z. B. in der nicht abgetreten letzten Avenue in Newyork. Das Coolidge System beansprucht nur Höhe, aber keine Breite des

Geleises. Wo und wann das Geleise gerade nicht bestehen ist, dürfte die Coolidge Bahn als Straßenüberbrücke keinen schlechteren Eindruck machen als etwa eine Telegraphenleitung, ferner: beim Coolidge System reißt ein Schienengeleise, wie wir es oben beschrieben, zum Zwecke in beiden Richtungen aus, an der linken Seite des Bandes führt der Zug in der einen, an der rechten Seite gleichartig mit Schienen ausgefattet, fährt ein anderer in der entgegengesetzten Richtung, und beide können dasselbe Geleise, wenn man das Band diesen Zusammenstoß von Geleise - so nennen darf, wagt also bei Dampfmaschinen zwei Geleise erforderlich sind, dazu reißt beim Coolidge System ein Geleise aus, das aber rechts und links gleichzeitig, benutzt werden kann. Wo der Verkehr bei der Dampfbahn vier Geleise erfordert, kommt das Coolidge System mit zwei Geleisen aus, und was das Beste, auch diese zwei Geleise liegen nicht neben, sondern übereinander. Das Band, welches das erste Geleise trägt, wird einfach nach oben soweit fortgesetzt, daß es Raum für ein zweites Geleise giebt. An einer Reihe von Telegraphen-Strangen kann also eine Bahn verkehren, die gleichzeitig vier Rüge nebeneinander laufen läßt. Soweit wäre die Sache ganz schön. Aber wie es den armen Menschen, die inzwischen unten auf der Straße wandern, ergehen wird, die an einem solchen Telegraphen-Strange links und rechts, oben und unten plötzlich vier Rüge vorbeischießen sehen! Wenn Herrn Cool's Beschreibungen sich bewahrheiten, werden die Passagiere seiner Bahn sich so wohl fühlen wie in einem elektrischen Boot auf einem Teich; die Passanten auf der Straße unten werden aber schier die Seckentheit bekommen, für den Anfang wenigstens! Später wird sich wohl der Fußgänger auch an diese neue Coolidge-Verkehrsüberführung gewöhnen, so wie er sich ja in America an so viele andere, so auch an die Hochbahn, bereits gewöhnt hat.

Cool's Bahn ist, unseres Wissens, bis auf den heutigen Tag Projekt geblieben. Die Chicagoer Ausstellung zeigte nur ein Modell. Zwar hat der Erfinder, Mr. Lucien B. Cool, in seinem Wohnorte, in Tacoma, Wash., an der Pazifischen Küste, im Frühjahr 1893 eine Versuchsbahn von 800 Fuß gebaut, welche Tausende von Passagieren benutzt haben sollen. Aber diese Linie arbeitete unter besonderen Schwierigkeiten und nicht mit dem besten Mitteln, und dürfte deswegen kaum als beweiskräftig gelten. Immerhin soll sie mit Leichtigkeit 22 englische Meilen (37 Kilometer) pro Stunde gemacht haben. Aber das ist noch weit

von dem Ziel entfernt, an das die amerikanischen Eisenbahnsachleute glauben und dessen Meilens Herr Cool zu sein behauptet: 200 englische Meilen (320 Kilometer) pro Stunde!

Ja, wenn das einmal erreicht wird! Dann wird man in Newyork frühstücken, in Chicago lunchen und in Tacoma das Dinner nehmen können, in der Zeit umspießt von den Büsten des atlantischen, am Abend von denen des pacifischen Ozeans. Dann wird es auch keine schwerfälligen Rüge mit 10, 20, 30 Waggons geben, deren Rentabilität den jeweiligen gleichzeitigen Verkehr von 100, 200, 600 Menschen voraussetzt, und es wird auch keine seltenen Schnellzüge mehr geben, die bloß einmal im Tage verkehren. Wenn Herr Cool oder ein Anderer einmal die Beschäftigung der elektrischen 200 Meilen-Geschwindigkeit erfüllt, dann lassen wir jeden Waggon mit seinem Motor für sich allein verkehren, dann giebt es, je nachdem, alle Minuten oder alle Stunden einen Schnellzug und man kann keinen mehr veräumen. Denn dann giebt es überhaupt keine „Rüge“ mehr, sondern bloß einzeln verkehrende Waggons, der Zug ist in seine Bestandtheile aufgelöst. Da die Distanz der großen, 10, 20, 30 Waggons ziehenden Maschinen überwinden, da der Waggon nicht mehr von der ein gebrochtes Dorslein fahrenden Lokomotive abhängig ist, da vielmehr jeder Waggon seine eigene Maschine in sich hat, ist der „Zug“ selbst überflüssig, der Waggon individualisirt und die große Kräfte der Verkehrs- mittel ist vollendet, deren erster Theil die Postkutsche repräsentirt, der Waggon, der seine individuelle Betriebskraft - das Pferd - mit sich hatte und ein individuelles Dorslein führte. Zweiter Theil: Der Dampf hat die individuelle Selbstständigkeit der Menschen im Verkehrsgebiete getrieben, sie massenweise in Fabriken zusammengebrannt; ebenso hat er, als Verkehrs- motor, die individuelle Selbstständigkeit der Wagen vernichtet, diese zu 10, 20, 30 im Zuge zusammengepackelt. Dritter Theil: Die Elektricität bringt, auf höherer Stufenleiter, die individuelle Selbstständigkeit wieder zurück. Siemens erhofft dies, vermöge der Entwicklung der Kraftmaschinen, für die gewerblichen Arbeiter; Herr Cool und seine amerikanischen Gesinnungsgenossen für die Wagen. Die Eisenbahn der Zukunft bedeutet die Abkung der sozialen Frage der Eisenbahnwaggons, ihre Verleiblichung; das ist das dritte Gläubensdogma amerikanischer Eisenbahntechniker. (Frankf. Ztg.)

laufen, wohl ein Theil gesparrt, der größte Theil jedoch muß aus den Arbeitern herausgehoben werden. Aus ihrem Zell werden die Prostituten geschlitten. Vordrillerei und lange Arbeitszeit sind die Mittel hierzu. Für die Arbeiter muß das Lösungswort heißen: Fort mit dem Submissionswesen, und der Staat und die Kommune als Arbeitgeber haben am ehesten die Pflicht, von diesem Modus der Auftragserteilung Abstand zu nehmen.

Der Kongress des schwedischen Bauereubundes, welcher vom 6. bis 8. Januar in Göteborg tagte, fasste eine Resolution, in welcher anerkannt wurde, daß die Sozialpolitik und die Arbeiterbewegung, sowie auch die Unfallversicherung, die Aufgabe der bürgerlichen Gesellschaft zu stellen habe. Die Arbeiterparteien aller skandinavischen Länder sollen womöglich gleichzeitig die obligatorische Einführung dieser Gesetze verlangen. Ferner beantragt der Kongress die Bundesleitung, im kommenden Jahre eine Statistik über halbjährliche Unglücksfälle aufzunehmen. Hinsichtlich der Reformbarkeit wurde die Erklärung angenommen, daß dieselbe für die Arbeiter als durchaus schädlich zu betrauen sei. Bei etwaigen Streiks soll die gegenseitige Unterstützung der gesammten Arbeiterchaft der drei skandinavischen Länder als Verpflichtung anerkannt werden. Der nächste Kongress findet 1895 in Landskrona statt.

Zum Kongress der Gewerkschaften Oesterreichs.

Nachträglich theilen wir den Wortlaut der wichtigsten der zur Annahme gelangten Anträge mit:

Jeder Arbeiter, der sich als Genosse bekennt, muß auch Mitglied der Gewerkschaft seiner Branche sein.

Der Kongress verpflichtet die Genossen, in allen bestehenden Organisationen dazzu zu wirken, daß in Zukunft, dem Beschluß des Parteitagges der österreichischen Sozialdemokratie 1891 konform, überall auch die Frauen in die Organisationen aufgenommen werden, und daß in den zu schaffenden Gewerkschaftsorganisationen die arbeitende Frau dieselben Rechte und denselben Schutz findet, wie der arbeitende Mann.

Der Kongress beschließt: Die Bildungs-, Fach- und Gewerbevereine der Provinz und Wiens sind der gewerkschaftlichen Organisation anzugehören, sobald dieselben ihre Statuten in die von der Kommission vorgezeichneten Normalsätze bringen.

Ueber die Aufgaben der Vereine gegenüber der Gewerkschaftskommission handelt folgender Beschluß:

Jede Organisation hat pro Monat an die Gewerkschaftskommission einen Beitrag von einem Kreuzer pro Kopf zu leisten. Von diesen Beiträgen sind zunächst die Kosten des Blattes, Verwaltung, Agitation etc. zu bestreiten.

Jede Organisation ist verpflichtet, die statistischen Erhebungen der Kommission zur allgemeinen Zusammenstellung und Veröffentlichung zu unterstützen, sowie einen vierteljährlichen Bericht über Arbeitslosen- und Reiseunterstützung, Rechtschutz- und Vermittlungswesen etc. einzuliefern, resp. die bezügliche Fragebogen der Kommission genau zu beantworten;

von etwaigen Streiks der Kommission zu berichten, womöglich und nach Thunsichtigkeit deren Ursachen einzuforschen;

sich bei Streiks gegenseitig zu unterstützen, oder wenn es die Nothwendigkeit erheischt, daß einzelne Industriezweige sich dem Streik anschließen, dasselbe zu vollziehen;

zu den Verbandstagen und Kongressen die Kommission einzuladen;

die Beschlüsse der Kommission, sowie der gemeinsamen Versammlungen, der Vertreter der Vereine, sowie der Gewerkschaftskongresse zu beachten und einzuführen;

die Kommission bei den Erhebungen über Statistik zu unterstützen;

Vorschläge in Beziehung auf Organisation zu machen.

Auf die Organisation bezieht sich weiter folgende Resolution:

Um die schönen Worte von Karl Marx: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“ zur Thatsache zu machen, um weiter eine allen Theilen schädliche Herrschaft der Kräfte zu verhindern, organisieren sich die Arbeiter industrieweise zu großen, festen und umfangreichen Organisationen. Die Gründung von kleinen Organisationen für einzelne Branchen ist nur aus taktischen Gründen zu bestreiten.

Alle verwandten Berufsorganisationen, welche auf Selbstständigkeit beruhen, verbinden sich untereinander und bilden Verbände, welche sich über das ganze Reich erstrecken, wodurch sie ihrer Aufgabe bedeutend näher gebracht werden.

Die Verbände treten dann wieder in ein Gegenseitigkeitsverhältnis zusammen, demzufolge sie mit der Gewerkschaftskommission verbunden sind.

In kleinen Provinzorten vereinigen sich die einzelnen kleineren Vereine zu einer Gewerkschaftsgruppe und theilen sich eventuell in Sektionen.

Durch diese Verbindung werden dann die gemeinsamen Aufgaben, wie: Statistik, Arbeitsvermittlung, Reiseunterstützung und Errichtung von Arbeitervereinen etc. nach Thunsichtigkeit, mit Berücksichtigung der einzelnen Interessen, in einer für alle Theile zweckentprechenden und vortheilhaften Weise durchgeführt.

Die Eintheilung der einzelnen Berufe in die Gruppen erfolgt nach eigener Wahl.

Die einzelnen Industrie- und Gewerbegruppen-Verbände regeln unter sich alle ihre internen Sach-Interessen und sonstigen Angelegenheiten und haben fortwährend mit der Centrale, der Kommission, in Verbindung zu stehen, sowie derselben von allem Wichtigen Bericht zu erstatten.

Streit selbst die notwendigen Ausgaben, besorgt die lausenden Gewerkschaft, Agitation etc. nach Maßgabe der vorhandenen Geldmittel, ebenso die Herausgabe eines Korrespondenz-Organs, welches nach Bedarf erscheinen soll.

6. Die Kontrolle über das Verhalten der Kommission haben abwechselnd nach der Wahl die verschiedenen Organisationen zu führen.

Es wurde folgende Gruppen-Eintheilung beschlossen: Gruppe 1. Bauarbeiter; 2. Bekleidungs-Industrie; 3. Bergarbeiter; 4. Chemische Industrie; 5. Eisen- und Metall-Industrie; 6. Gas- und Wasserarbeiter; 7. Glas-, Porzellan- und Tonwaaren-Industrie; 8. Graphische Fächer und Papier-Industrie; 9. Handeltgewerbe und Angehörige; 10. Holzarbeiter; 11. Horn-, Bein- und Schildkröten-Industrie; 12. Landwirtschaftliche Gruppe; 13. Lebensmittelbranche; 14. Leder-Industrie; 15. Textil-Industrie; 16. Verkehr- und Transportwesen; 17. Weibliche Hand- und Maschinen-Industrie.

Zu Streiks und Boykotts präparirte der Kongress seine Stellung durch Annahme folgender Resolution:

In Erwägung, daß die bisher gestrichelten Streiks zur Erhaltung besserer Arbeitsbedingungen größtentheils zu Ungunsten der Arbeiter ausfielen und demnach die Erfahrung zeigt, daß nur nach genauerer Erwägung zur Arbeits Einstellung gegriffen werden soll, beschließt der Gewerkschafts-Kongress:

Angeht es der ohne Unterschied in allen Arbeitszweigen vorherrschenden elenden Verhältnisse in Bezug auf Lohnhöhe, als auch auf die anderen Arbeitsbedingungen, ist die Arbeiterchaft nicht nur berechtigt, sondern geradezu verpflichtet, auf dem Wege der Koalition mit allen Mitteln eine Verbesserung ihrer Lage anzustreben. Eines der wichtigsten und wirksamsten Mittel hierzu ist unstreitig die wohlorganisirte und wohlberathene Arbeitereinstellung.

Indem der Gewerkschafts-Kongress so den Streik als im Prinzip berechtigt erklärt, gibt er gleichzeitig dem festen Entschlusse Ausdruck, die kämpfenden Genossen in brüderlicher Solidarität zu unterstützen. Da aber zur siegreichen Durchführung des Streiks nicht nur die moralische, sondern neben derselben auch die materielle Unterstützung für die im Kampfe stehenden plattgreifen muß, so kann die Unterstützung nicht ohne vorher von bloßen Lippen abhängig gemacht, sondern soll dieselbe in nachstehender Weise geregelt werden:

1. Jeder Streik - Werksstättenstreik ausgenommen - müsse an die jeweilige Kronlands-Zentralleitung zur Anmeldung gelangen, welche unter Angabe die Gewerkschafts-Kommission hiervon zu verständigen hat.

Streiks, welche weder bei der Gewerkschafts-Kommission noch bei der Kronlands-Zentralleitung angemeldet wurden, verlieren, wenn der Ausbruch des Streiks nicht ein unvorhergesehenes und durch begründete Umstände bedingter ist, den Anspruch auf Unterstützung.

Wenn gegen den Beschluß der hierüber zu entscheidenden Zeitungen die Arbeits-Einstellung erfolgt, so begeben sich die in den Streik tretenden des Anspruches auf Unterstützung. Der Gewerkschafts-Kommission, sowie den Kronlands-Zentralleitungen steht jedoch das Recht zu, Gelegenheits zur Entgegennahme von freiwilligen Beiträgen zu geben.

2. Die Unterstützung wird aufgebracht durch die von der Gewerkschafts-Kommission an sämtliche Organisationen zur Herausgabe gelangenden Blöcke im Detailbetrage von einem Kreuzer.

Diese Blöcke gelangen, sobald eine Arbeitereinstellung durch die Gewerkschafts-Kommission zugelassen wurde, über Auftrag derselben durch das Korrespondenzblatt, oder aber auch, wenn besondere Umstände es nothwendig machen, durch schriftliche Mittheilungen vom Tage des Bekanntgebens bis zur Beendigung des Streiks durch die Vertrauensmänner der Organisationen zur Herausgabe und müssen die hierfür erhaltenen Beträge je nach dem Orte, wo der Streik stattfindet, an die Gewerkschafts-Kommission oder an die Kronlands-Zentralleitung wöchentlich, zur Abzur gelangen.

3. Die nach Beendigung des Streiks einzuliefernden und nicht mehr zur Unterstützung nothwendigen Geldbeträge werden direkt an die Gewerkschafts-Kommission überendet und bilden deren Reserve-Widerstandsfonds.

Die Sachpresse betreffend, gelangte folgende Resolution zur Annahme:

Der Kongress beschließt, in Bezug auf die Sachpresse, ebenso wie in puncto Organisation für die Zusammenfassung der Kräfte einzutreten und die Herrschaft an Geld und Kraft zur Wahrung der Interessen der Gesammtarbeiterchaft zu verbinden. Es ist Sorge zu tragen, daß für jede Industrie-Gruppe nur ein Sachblatt bestrebt, welches für alle zugehörigen Branchen einzutreten hat. Wo mehrere schon bestehen, ist eine Verschmelzung anzubahnen und vorzunehmen. Dadurch würden die einzelnen Blätter von Kalamitäten befreit, die Gruppenorgane leistungsfähiger gemacht und in die Lage versetzt, ihre Aufgabe voll und ganz zu erfüllen. Nur dadurch werden die ewigen Klagen in den verschiedenen Blättern verschwinden und eine systematische Lösung dieser brennenden Frage herbeigeführt werden. Beim Erscheinen eines Blattes ist die Meinung der Kommission einzuholen, um einem Mißverständnisse vorzubeugen. Das Korrespondenzblatt der Gewerkschafts-Kommission soll von nun an in deutscher, tschechischer und nach Bedarf in anderen Sprachen erscheinen.

Situationsberichte.

Maurer.

Hiel. Am 10. d. M. fand die regelmäßige Mitglieder-Versammlung des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands statt. Zunächst wurde die vierteljährliche Abrechnung vom Bevollmächtigten vorgelesen und von der Versammlung für richtig befunden, worauf dem Kassier Dehara erstattet wurde. Sodann erstattete Kollege Hübel Bericht vom Gewerkschaftsstand, und wurde hauptsächlich das stündliche Arbeitsamt und das Herbergs-wesen besprochen. Hierauf erfolgte die Wahl eines Delegierten zum Verbandstage. Von den 86 anwesenden Mitgliedern wurde Kollege Seibel einstimmig gewählt. Im Besonderen wurde der Antrag gestellt, zur Zeit nur einen Delegierten zum Gewerkschaftsstand zu wählen und einen der freieren in demselben zu befehlen. Der Antrag wurde angenommen und die Wahl bis zur nächsten Versammlung vertagt. Ferner machte der Bevollmächtigte die Versammlung darauf aufmerksam, daß in vier Wochen die Neuwahl der örtlichen Verwaltung stattfinden werde, die Mitglieder möchten sich darauf vorbereiten. Weiter wurde bekannt gemacht, daß vielleicht nächste Woche eine öffentliche Versammlung stattfinden werde, die Kollegen möchten

sich recht zahlreich daran betheiligen. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Brech. In der am 7. Januar stattgefundenen Mitglieder-Versammlung der hiesigen Zöglinge des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands führte an Stelle des seit längerer Zeit erkrankten ersten Bevollmächtigten Kollege Lothmann an den Vorsitz. Das Andenken des verstorbenen Verbandsvorstandes A. Dammann wurde von den Mitgliedern durch Erheben von den Sigen geehrt. Nachdem dann die Kassengänge ihre Erledigung gefunden, wurde von den beiden Vorgesetzten Kollege Lothmann als Delegierter zum Verbandstage gewählt. Ein Antrag des Vorsitzenden, auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung zu setzen: „Die Lohnfrage“, fand Annahme und erfolgte dann Schluß der Versammlung.

Hienzburg. Am Montag, den 15. Januar tagte hier die vierteljährliche Generalversammlung des hiesigen Gewerksvereins. Die Namenverlesung ergab, daß 18 Mitglieder unentschuldig und 16 von denen krankheit entschuldig fehlten, also die Versammlung von 160 Mann besucht war. Nachdem nun das Protokoll vorgelesen, ließ sich der Maurer S. Sell als Mitglied aufnehmen und verlas der Vorsitzende sodann die schriftlich eingelaufenen Danklagen der zu Weihnacht unterthänigen Willkommen vorerkrankten Mitglieder. Hierauf wurde von der für die Statistik gewählten Kommission berichtet, daß nur 40 gültige Bücher eingeliefert worden sind, welche einen Durchschnitts-Verdienst von M. 1178 auswiesen. Da sich aber nur der vierte Theil der Mitglieder an der Statistik betheiligte, so ergiebt sich ein viel höheres Einkommen, als dieses sich ergeben würde, wenn Alle sich an derselben betheiligte hätten. Es wurden die Mitglieder ermahnt, in Zukunft sich mehr an der Statistik zu betheiligen. In dem hierauf folgenden Punkte der Tagesordnung, Erledigung von Anträgen, wurde die Differenz zwischen den Mitgliedern Schwarz und Jensen, betreffend Lohnforderung von mehr als 100 Pfunden des Ersteren, dahin entschieden, daß Letzterer die Abrechnung des betreffenden Baues beim Bau-Rande einzuliefern und der Vorstand im Falle von sämtlichen dort gearbeitet habenden Mitgliedern zu prüfen hat. Sodann wurde beschlossen, dem schon 1886 verstorbenen Mitgliede Goldberg einen Gedenkstein zu setzen, mit dem Hinweis, daß er einer der Hauptgründer unseres Vereins war und die vielen von ihm gemalten Bilder, welche in unserer Herberge hängen, noch täglich einem Leben von uns Freude bereiten. Eine Kommission von drei Mann soll einer späteren Versammlung Entwürfe hierüber vorlegen. Ferner wurde beschlossen, die kranken Mitglieder Christensen und Wang mit je M. 20 zu unterstützen. Bei dem hierauf folgenden Antrag: „Diskussion und Stellungnahme zu einer Arbeitslosenliste“, wurde von Letztem ungehörig Folgendes ausgeführt: „Schon in voriger Versammlung besuchte ich, den vorstehenden Antrag in andere Erwägung zu ziehen, welches jedoch dort, wie in einer späteren öffentlichen Versammlung, keine weitere Beachtung fand, und möchte ich deshalb heute nochmals auf diese seltene, ersehnte und nothwendige Einrichtung in unserer heutigen wirtschaftlichen Lage hinweisen. Derselbe möchte ich erwähnen, daß in unserer jetzigen Zeit wohl jedes Geschäft im Weltum nicht die Personen in Arbeit stellen kann, welche gebachten, sich herein ihrer Lebensunterhalt zu erwerben, weil die immer mehr sich entwickelnde Maschinenerei täglich viele Arbeitskräfte überzählig macht. Um nun einen Ausweg zu bewerkstelligen, hat die Arbeiterpartei auch schon lange darnach hingestrebt, eine staatlich festgesetzte längere Arbeitszeit zu erzielen, wodurch die überzähligen Kräfte in Arbeit gestellt würden. Aber jeder Versuch dieserhalb scheiterte bis jetzt an dem starren Sinn unserer staatlichen wie kommunalen Behörden und fast der gesammten Arbeitererschaft. Aber trotzdem sehen wir durch die Kranken, Unfall-, sowie die in den letzten Jahren entstandenen Gehele über Anwaltschaft und Altersversicherung, daß der Staat verpflichtet ist, seine einzelnen Mitglieder vor dem Hungerdode zu bewahren. Und deshalb haben wir auch das Recht, diese Verpflichtung des Staates überall dort in genügender Maße zu fordern, wo überhaupt die Möglichkeit des Hungers eintreten kann, ohne dadurch als ein Mensch zweiter Ordnung hingestellt zu werden, wie heuteutage als Bettler, Armbund oder Armengeheulspänger. Willen wir nun auf, so sehen wir nicht nur die Möglichkeit, sondern die traurige Wahrheit des Hungers der unzähligen Masse der Arbeitslosen, welche hauptsächlich in dieser Jahreszeit durch unser Geschäft verdrängt wird. Um nun diese Arbeitslosigkeit und den daraus entstehenden Hunger von uns abzuhalten, hätten wir nach meiner Meinung, so lange der Staat oder die Kommune uns nicht Garantie leistet, daß wir stets für normalen Lohn Arbeit haben, die Pflicht, mit allen gesetzlichen Mitteln dahin hinzustreben, eine allgemeine Arbeitslosenliste in's Leben zu rufen, welche sich wohl am besten bewährt, wenn sämtliche bis jetzt in's Leben gerufenen staatlichen Institutionen dieser Art mit dieser Arbeitslosenliste in eine Verbindung verschmolzen würden und sämtliche Mitglieder oder Staatsangehörige je nach ihrem Einkommen dazu Beiträge entrichteten. Die Kosten, die mich hierbei kellen, sind ferner, daß, wenn jeder Arbeiter seine Existenz gesichert sieht, er sich in seiner freien Zeit bestrebt, um das staatliche Gemeinwohl bekannt und wir selbst aber unserm sozialistischen Gleichberechtigungsidee entgegenzuehen. Zur Förderung der Sache möchte ich die Versammlung befragen, wenn wir uns dieses zur Pflicht machen, ob in gerammer Zeit keinen versprechenden Erfolg sehen, ob wir uns dann nicht im engeren Sinne mit der Einführung eines solchen Systems in unserem Verein abgeben könnten. Nach meiner Ansicht wäre dieses, da wir doch schon unseren Verein nach jeder Richtung hin zu stärken und einen festeren Halt zu geben, ganz gut möglich. Wenn wir wohl auch bei Weitem nicht das bieten könnten, was ein solcher Verein bieten möchte, so zeigen wir doch, daß eine solche Liste erstens möglich ist, und wir würden außer unserer gleicheren Stellung untereinander, deren Beerdigung fördern. Als Beispiel möchte ich hier noch anführen, da unser Verein ungefähr 200 Mitglieder hat und jedes zählte 80 A pro Woche, so könnte der Verein, wenn auf jeden Kopf 5 Wochen Arbeitslosigkeit gerechnet würden, eben mit M. 6 pro Woche unterstützen und würde noch M. 180 für Verwaltungskosten und sonstige Ausgaben übrig behalten. Diese Ausührungen des Antragstellers wurden von der Versammlung dahingehend beantwortet, daß sie wohl dem Sinn nach gut seien, aber unter den heutigen Umständen könne sich der Verein auf keinen Fall damit befassen. Nachdem nun nach dem Kassier aufgelesen, in nächster Versammlung die Restanten zu verlesen, erfolgte Schluß der Versammlung.

Damburg. In den Mitglieder-Versammlungen am 10. und 15. Januar fand zur Beratung: „Anträge zum Ver-

bandtage". Die Protokolle der letzten Versammlungen wurden genehmigt. Der Bevollmächtigte verlas zunächst die Einrichtungen des Verbandes und stellte die Punkte einzeln zur Diskussion. Hartwig ist mit den Einrichtungen des Verbandes einverstanden bis auf die obligatorische Einführung des Organs. Er beantragt, die obligatorische Einführung aufzugeben, da dieselbe den Verband schädige. Domburg erklärt sich gegen die Ausführungen Hartwigs betreffs Aufhebung des Organs, da dieses doch ein sehr gutes Bildungsmittel sei, überhaupt für die Mitglieder auf dem flachen Lande, und bietet die Einrichtungen des Verbandes in allen Punkten bestehen zu lassen. Sodann stellt Rattke den Antrag auf Schluß der Debatte, derselbe wurde abgelehnt. Nachdem S. H. H. n. e. r. j. ä. g. er sich gegen und Domburg für obligatorische Einführung des Organs ausgesprochen, stellt Schwarg den Antrag, über die Punkte der Einrichtungen des Verbandes einzeln abstimmen zu lassen, welcher angenommen wurde. Die Abstimmung ergab, daß die Einrichtungen des Verbandes in allen Punkten angenommen wurden. Hartwig's Antrag war somit gefallen. Sodann wurde zur Statutenberathung geschritten. Schwarg stellt den Antrag, das Statut paragraphenweise durchzubearbeiten; derselbe wurde angenommen. § 1 Abs. 1. Antrag der Kommission, den Beschluß auf Unfallangelegenheiten auszudehnen, wurde angenommen. Ueber § 4 entspann sich eine lebhafteste Debatte betreffs Erniedrigung der Beiträge, und hatte die Kommission hierzu einen Antrag gestellt, die Beiträge um 10 Pct. zu erniedrigen. Der Minoritätsantrag in der Kommission lautete auf 20 Pct. Erniedrigung. D. r. g. e. m. a. n. n. stellt den Antrag, 30 Pct. Erniedrigung der Beiträge. Nachdem Domburg und verschiedene Redner für 10 Pct. resp. gar keine Erniedrigung der Beiträge plädiert, empfahlen Hartwig, G. a. r. m. s. und Rattke, den Minoritätsantrag der Kommission anzunehmen, welcher auch bei der Abstimmung angenommen wurde, mit der die beiden Anträge von 10. und 30. Pct. abgelehnt wurden. Zu § 6 soll nach dem Antrage der Kommission dem Vorstande, durch einen Beschluß des Verbandstages, das Recht eingeräumt werden, solchen Poststellen, welche nachweislich mit den 40 Pct. nicht auskommen; entsprechende Summen auszubewilligen. Der Antrag wurde abgelehnt. § 8. betreffs Jungferntrennung die Karenzzeit auf ein Jahr festzusetzen, wurde jedoch die Unterstellung sofort zu gewähren, und darf dieselbe nicht unter 50 A. und 75 A. betragen, wurde nach kurzer Debatte angenommen. Die §§ 7 bis 16 wurden ohne Debatte erledigt. Der § 18 wurde dahin abgeändert, daß den Mitgliedern das Ergebnis der statistischen Erhebungen käuflich unentgeltlich verabfolgt wird. Zu § 16 stellt G. a. r. m. s. den Antrag, daß wenn Mitglieder wegen Haftungsanspruchs ausgeschlossen sind und selbige dem Verband wieder beitreten wollen, nur drei Monate nachzuzahlen haben; derselbe wurde angenommen. §§ 17 bis 22 wurden ohne Debatte erledigt. § 23 hinter die Worte: „ein geeignetes Mitglied“ einzuschalten „an dessen Stelle“, wurde ebenfalls angenommen. Zu § 24 stellt die Kommission den Antrag, den Sitz des Ausschusses beim Verbandstage; derselbe wird angenommen. § 25 erledigt. Zu § 26, den Verbandstage betreffend, wurde der Antrag gestellt, alljährlich einen Verbandstag tags zu lassen. Derselbe wurde nach langer Debatte angenommen. Absch. 3. Poststellen von 200-500 Mitgliedern wählen einen Delegierten, für jedes weitere 500 einen Delegierten mehr gewählt. Für Poststellen unter 200 Mitgliedern ist auf je 200 Mitglieder ein Delegierter zu wählen. Derselbe wurde angenommen. In dem Punkt der Tagesordnung: „Kohntarif und die Arbeit hier am Orte“ erstattete D. e. d. Bericht, daß die Unregelmäßigkeiten am Bau Hoffeld, Thiele und Drenckahn als geregelt zu betrachten seien.

NB. In dem in Nr. 2 veröffentlichten Bericht von der Versammlung vom 28. Dezember v. J. muß es heißen: „Da das Mitglied Richter verhandelt war, mußte der Punkt der Tagesordnung: „Die Tätigkeit des Gewerbegerichts“ als Einigungsamt zurückgestellt werden. D. a. r. t. erstattete sodann Bericht vom Gewerkschaftsartikel, welcher u. a. (Der Schriftführer.)

Wilhelmshurg. Am 21. Januar tagte im Lokale des Herrn Rasmann eine Extra-Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands, Poststelle Wilhelmshurg, mit der Tagesordnung: 1. Vierteljährliche Abrechnung. 2. Wahl eines Delegierten zum Verbandstage. 3. Verwendung des Geldes vom Stiftungsfest. 4. Verschickenes. Die vierteljährliche Abrechnung wurde für richtig befunden. Zur Wahl eines Delegierten zum Verbandstage wurden von den anwesenden 26 Mitgliedern für den Kandidaten D. i. c. e. s. t. w. i. c. i. in Cuxhaven 26 Stimmen und für den Kandidaten B. e. n. i. g. e. r. in Harburg 1 Stimme abgegeben. Ferner sprechen die Maurer Wilhelmshurg den Wunsch aus: „Der Verbandstag möge beschließen, daß in der nächsten Zeit eine Konferenz sämtlicher Gewerkschaften Deutschlands einberufen werde, um die Fachorgane zu verschmelzen und die jetzt bestehenden Organisationen in einen Suburbie-Verband oder Union umzuwandeln, denn wir haben jetzt 55 Gewerkschaftsblätter, während zwei genügen.“ Ueber die Verwendung des Geldes vom Stiftungsfest wurde beschlossen, von den A. 65.15 A. 20 dem Gewerkschaftsartikel zu überweisen, A. 90 zur Agitation der Maurer Deutschlands herzugeben, A. 15 der Lokalkasse und die übrigen A. 10.15 dem Vertrauensmann zu überweisen. Da im „Verschiedenen“ weiter nichts vorlag, erfolgte Schluß der Versammlung.

Bremen. Am 7. Januar fand die regelmäßige Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands, Poststelle Bremen, statt. Zunächst wurde vom ersten Kassier die Abrechnung vom Monat Dezember und die Quartalsabrechnung verlesen, welche von den Revisoren für richtig befunden und von der Versammlung genehmigt wurden. Ferner wurde vom Kollegen D. u. s. e. Bericht erstattet von der Kartellkommission. Derselbe ist sich darin einig geworden, darauf hinzuwirken, daß sämtliche Fachorgane der Baubranche in ein einheitliches Blatt verwandelt werden. Die Delegierten der Kartellkommission seien beauftragt, in ihren Mitgliederversammlungen dieses zur Debatte zu bringen. D. e. d. e. r. führt an, daß die Verschickungsfrage schon in verschiedenen Gewerkschaften zur Sprache gebracht worden sei, aber es sei immer noch keine Einigung dahin erzielt worden. Auch sei es noch nicht bewiesen, daß ein einheitliches Organ viel billiger sich gestalten werde. Jedemfalls würde aber auf unserem Verbandstage die Angelegenheit zur Sprache kommen. S. h. d. t. n. e. r. hebt hervor, daß man so viel wie möglich darauf hinwirken solle, Kartelle zu bilden, weil gerade durch die Kartelle den Unternehmern eine größere Macht gegenübergestellt werden könne. Wenn man sämtliche Fachorgane der Baubranche zusammenfasse, würde dadurch viel Geld gelpart werden. Gerade für die Presse wird

das meiste Geld verwendet, so daß schließlich nicht mehr zur Agitation übrig bleibt. Und wenn man ein einheitliches Blatt im Baugewerbe habe, könne man sich besser über die Zustände in anderen Gewerkschaften informieren, dadurch würden die Schwierigkeiten zwischen den Branchen viel mehr vermieden werden. D. u. s. e. betont, daß es doch so viele kleine Orte gibt, wo von einer Branche nicht so viele Kollegen vorhanden sind, um eine Poststelle gründen zu können, in diesen müßten jetzt schon mehrere Branchen sich zu einer Poststelle vereinigen. Für diese Orte würde es viel leichter sein, sich zu organisieren, und für diese würde es von größtem Nutzen sein, wenn ein einheitliches Blatt geschaffen würde. Aber auch andere Verbände seien zu schwach, um jede Woche ihr Fachorgan erscheinen zu lassen, so z. B. würden die Maler, die nur alle drei Wochen ihr Fachorgan beziehen, auch in die Lage versetzt, jede Woche die Poststelle in ihrem Gewerbe zu lesen. Weiter beantragt deshalb, den Delegierten zum Verbandstage zu beauftragen, in diesem Sinne zu wirken. S. h. d. t. n. e. r. betont, daß zunächst nur darauf hingearbeitet werden müsse, um das Projekt zu Stande zu bringen, so leicht löse es sich nicht auszuführen. Es müßte zunächst von sämtlichen Branchen im Baugewerbe ein Kongreß einberufen werden. S. e. l. l. e. meint, daß man erst darauf hinarbeiten solle, daß sämtliche Branchen im Baugewerbe zu einem Verbände vereinigt werden, dann würde das einheitliche Blatt von selber kommen. F. u. h. hält die Zusammenschließung sämtlicher Branchen in einen Verband noch für viel schwerer, man solle nur erst in Anregung bringen, daß ein einheitliches Blatt geschaffen wird. Darauf wird folgende Resolution zur Abstimmung gebracht und angenommen: Die heutige Mitgliederversammlung erklärt sich mit dem Antrage der Kartellkommission, die Fachorgane der Baubranche zusammen in ein einheitliches Blatt zu verwandeln, einverstanden und wünscht, daß der Vertreter der hiesigen Poststelle dieses mit auf dem im März stattfindenden Verbandstage in Anregung bringt. Falls es zur Abstimmung gelangen sollte, hat er eine Stimme im Interesse der hiesigen Poststelle für die Schaffung eines einheitlichen Organs abzugeben. Im „Verschiedenen“ machte der Bevollmächtigte zunächst bekannt, daß in der nächsten Mitgliederversammlung die Wahl der örtlichen Verwaltung stattfinden soll und fordert daher jeden Kollegen auf, zu erscheinen. S. h. d. t. n. e. r. stellt den Antrag, durch eine Annonce im „Grundstein“ und in der „Bürgerzeitung“ die Versammlung der Mitglieder bekannt zu geben. Dem Antrage wurde von der Versammlung zugestimmt. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten erfolgte Schluß der Versammlung.

Osnabrück. Die am 16. Januar stattgefundene Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands, Poststelle Osnabrück, beschloß sich mit der Wahl eines Delegierten zum Verbandstage. Bei 78 abgegebenen Stimmen erhielt Kollege D. o. n. n. i. e. 50, Kollege L. e. i. t. e 16 Stimmen, 8 Stimmen waren unglücklich. Ein Stimmgeld, das auf B. a. u. l. lautete, rief eine längere Debatte hervor. Da Kollege B. a. u. l. in der vorhergehenden Versammlung erklärt hatte, sein Mandat anzunehmen, wurde beschloßen, die auf ihn gefallene Stimme, unbenutzt darzu, daß er in Herford einstimmig gewählt wurde, für unglücklich zu erklären. Hierauf erstattete Kollege R. a. l. i. c. h. Bericht über die statistischen Erhebungen. Denselben ist folgendes zu entnehmen: Es hatten sich 34 Lebige und 22 verheiratete Kollegen an der Statistik beteiligt. Das Gesamtalter dieser Kollegen betrug 1509 Jahre, die Zahl deren Kinder 40. Der Stundensohn betrug 80 bis 50 A. In Logen wurden verdient A. 59.799.29, an Affordhorn A. 1570.80. In fünf Hüllen trugen Frau und Kinder zum Unterhalte der Familie bei. In einem Falle wurde nebenbei Landwirtschafft betrieben, in einem Falle ein Nebengewerbe. Die an der Statistik beteiligten Kollegen hatten 248 Arbeitstage. Gefeiert wurde wegen Arbeitsmangel 600/, Tage, wegen unglücklicher Witterung 2387 Tage, wegen Krankheit 445/, Tage, außerdem 24 Tage wegen Einberufung zu militärischen Dienstleistungen. Die Gesamtmittele betrug 1892 M. 9018, 1893 M. 9209. Es sind 141 Arbeitstage am Orte, welche 1987 Besellen, 1872 Legehühner und 2448 Auarbeiter beschäftigten. Die hohe Zahl der Bauarbeiter erklärt sich durch die Kanalisationenarbeiten. Weiter verlas dann das Hausausgabebudget eines verheirateten Maurers mit drei Kindern, welches eine wöchentliche Ausgabe von M. 14.65 sowie eine jährliche von M. 397.10 ergab. Dann theilte der Bevollmächtigte mit, daß in vier Wochen die Generalversammlung stattfinden werde, worauf Kollege B. l. i. n. k. e. erklärte, einen Hektographen zwecks Herstellung von Laufzetteln zur Verfügung stellen zu wollen. Nachdem dann der Fragekasten seine Erledigung gefunden, erfolgte Schluß.

Wien. Am 7. d. J. fand die regelmäßige Versammlung der hiesigen Poststelle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands u. a. statt. Nachdem die Beiträge erhoben, wurde vom Kassier die vierteljährliche Abrechnung verlesen und von den Revisoren als richtig befähigt. Bei der Wahl eines Delegierten erhielt Kollege W. a. h. e. l. aus Albed 10 und Kollege K. e. i. n. f. e. l. b. t. aus Albed 5 Stimmen. Beim Punkt „Verschiedenes“ machte der Kassier bekannt, daß viele Mitglieder mit ihren Beiträgen im Rückstande sind und forderte er die Kollegen auf, ihre Beiträge binnen kurzer Zeit zu entrichten, oder es würde ihnen der „Grundstein“ entzogen werden; Ferner sprach der Bevollmächtigte sein Bedauern aus über den schlechten Besuch der Versammlungen. Denn nur die älteren Kollegen besuchten stets die Versammlungen, während die jüngeren kleiner zu Hause bleiben und den Dien bewachen. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Schwerte. In der am 16. Januar abgehaltenen Mitgliederversammlung des Fachvereins der Maurer wurde zuerst folgende revidierte Abrechnung für das 1. Quartal des Geschäftsjahres vom Kassier verlesen. E. i. n. r. a. u. m. e. r. Kassier bestand aus 4. Quartal M. 17.24, 452 Warten à 10 A. M. 45.20, 57 Warten à 40 A. M. 22.80, von der Vereinsbibliothek M. 18.82, sonstige Einnahmen M. 2.25, Summa der Einnahme M. 100.81. A. u. s. g. a. b. e. r. 345 Exemplare des „Grundstein“ M. 24; Wanderunterstützung an 30 Mann M. 18, Anschaffung eines Vereins-schranks M. 18, Vereinsuntkosten M. 20.80, Schreibmaterial, Porto u. a. M. 2.85, Summe der Ausgaben M. 98.65, Bilanz: Einnahme M. 100.81, Ausgabe M. 98.65, Bestand am 1. Januar 1894 M. 7.16, Wartenbestand am 1. Oktober 1488 à 10 A. 456 à 40 A. verwendet 452 à 10 A., 67 à 40 A. W. l. e. i. d. Bestand am 1. Januar 1894: Warten à 10 A. 1084, Warten à 40 A. 399. Die Zahl der Mitglieder beträgt 45. W. V. o. l. b. t. Kassier. Nachdem dem Kassier Decharge erstattet, berichtet zum zweiten Punkt der Tagesordnung der Vorleser über das vom Baunternehmer J. W. e. i. l. ausgeführte und am 20. Dez. v. J. eingeführte vierstöckige Wohnhaus, wobei derselbe die

Auslassungen der hiesigen Bauzeitung über diese Angelegenheit einer eingehenden Kritik unterzog. Daß das Kapital aus eingehaltenen Säulen die nötigen Procente nicht heranschlagen kann, darüber heult er gemüthlich in mehreren Artikeln, aber daß die Himmelsstrebene die Pfostenarbeit durch die Profisucht der Unternehmer angeführt wird, wodurch das Leben so vieler fleißiger Arbeiter auf das Versteigerte wird, darüber verliert diese Presse kein Wort. Denn nur die rechtzeitige Bestellung der Mäher der Bachhardauer seitens der an dem Bau beschäftigten Gesellen und Arbeiter bewirkt, daß kein Menschenleben dabei zu Grunde ging. Aus der Diskussion ging hervor, daß die Ursache des Einsturzes ganz allein in dem Mangel an gut geleiteter Maurer ist und auch den Arbeiterposten (wie hätte) zu lücheln sei, indem dadurch gegen die Regeln des Handwerks verstoßen wurde, daß er die Vorderfront, deren Stärke auf ein und einen halben Stein in der Rechnung angegeben ist, derartig ausfüllte, daß erst die ganzen Rüstungshöfen auf einen Stein stark gemauert und nachher ein halber Stein (Verleider) vorgemauert wurde, so daß die Mauer aus einem Stein und aus einem halben Stein Stärke ohne irgend welche Verbindung ausgeführt worden ist. Die Katastrophe trat also deswegen ein, weil das Mauerwerk der untersten Etage dasjenige der oberen zwei sowie des Dampfes mit Dachstuhl nicht zu tragen vermochte. Eine genügende Garantie zur Berichtigung derartiger Vorkommnisse können nicht die Baumeister, welche nur von Zeit zu Zeit der Bau kontrollieren, geben, sondern starke Organisationen, die im Stande sind, zu verhindern, daß fleißige Arbeiter auf die Straße gesetzt werden, deren Zuerst es sich fruchtbar zu beschäftigen zu vertritt. Ausgesprochen wurde noch die Erwartung, daß dem p. p. Mittel von maßgebender Seite fernere die Ausrüstung und Aufsicht entzogen wird, zumal derselbe schon mehrere Verträge gegen reelle Bauausführungen sich zu Schulden kommen ließ. Nachdem noch die Frage, ob sich die Maurer, auch am Hofbau beschäftigt, sich zu können? darüber erledigt wurde, daß wohl Kollegen erklärten, nicht getreuer zu bekommen und ein Mitglied erklärte, in nächster Versammlung auf diesen Punkt zurückkommen zu wollen, wird der Vorstand beauftragt, Erörterungen betreffs der Demission des Vorstandsangelegenheit einzuleiten und in nächster Versammlung darüber zu berichten. Hierauf erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

Brandenburg a. S. Am 17. Januar, Abends 8 Uhr, fand die regelmäßige Mitgliederversammlung der hiesigen Poststelle statt. Zum ersten Punkt ließ sich ein Kollege aufnehmen. Danach wurde das Protokoll verlesen, welches von der Versammlung für richtig befunden wurde. Zum dritten Punkt erfolgte die Verlesung der Abrechnung vom 4. Quartal 1893. Derselbe ergab eine Einnahme von M. 90.29, eine Ausgabe von M. 65.17, bleibt ein Kasienbestand von M. 25.22. Die Abrechnung wurde von den Revisoren für richtig befunden. Nachdem dem Kassier Decharge erstattet, wurde zur Wahl eines Delegierten geschritten. Zunächst wurde eine Kommission gewählt, bestehend aus den Kollegen G. u. t. h. m. a. n. n., S. o. m. i. t. b. o. r. f. e. und W. i. t. t. a. l. l., dann wurde als Delegierter Kollege O. b. e. l. in Alstern mit 22 Stimmen gewählt. Im fünften Punkt der Tagesordnung: „Wahl der Lokalverwaltung“, wurde Kollege W. i. l. e. r. u. e. n. d. o. s. e. r. f. r. a. g. e. 28 b. als erster, Kollege W. i. l. e. r. K. a. r. t. e. n. f. r. a. g. e. 50 a. als zweiter Bevollmächtigter gewählt. Vom Kassier wurde Kollege E. u. e. n. B. o. l. l. e. n. w. e. b. e. r. f. r. a. g. e. 12. als Stellvertreter Kollege S. t. a. n. g. e., Deutsche f. r. a. g. e. 22. gewählt. Zum Schriftführer wurde Kollege G. e. r. m. a. n. n., B. a. a. t. f. r. a. g. e. 18, und als Revisoren die Kollegen G. u. t. h. m. a. n. n., W. i. t. t. a. l. l. und B. e. n. i. c. h. gewählt. Danach stellt Kollege G. u. t. h. m. a. n. n. den Antrag, der vorgelesenen Zeit wegen die übrigen Punkte bis zur nächsten Versammlung zu vertagen, welcher angenommen wurde. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung am 12 Uhr.

Regensburg. Am Donnerstag den 28. Dezember v. J. tagte im „Ruchgaul“ zu Friedenau die Mitglieder-Versammlung der Poststelle. Sie war wieder so besucht, daß wir kaum beschaffen Platz waren; trotzdem der Bevollmächtigte jedes Mitglied durch Handzettel aufgefordert hatte, zu dieser Versammlung zu erscheinen, da es sich um die Wahl eines Delegierten zum Verbandstage handelte. Nach Eröffnung der Versammlung verlas der Schriftführer das Protokoll von der letzten Versammlung, sodann der Kassier die Abrechnung vom 4. Quartal 1893, welche von den Revisoren für richtig befunden wurde. Als erster Punkt stand auf der Tagesordnung: „Die Lokaltage“, welche von der letzten Versammlung vertagt wurde. Die Kollegen wurden sich dahin einig, den Antrag des Kollegen F. R. i. c. h. t. e. r. fallen zu lassen und die Sache so diskubellieren, wie es gewesen ist. Die Versammlungen werden vor wie nach in Friedenau und in Steglitz abgehalten. Kollege W. e. g. e. r. meinte, wir könnten nur dadurch an Mitgliedern in Friedenau gewinnen, und es ließ sich auch ein neues Mitglied von da aufnehmen. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung stand die Delegiertenwahl. Da der Bevollmächtigte den aufgestellten Kandidaten zu der Versammlung eingeladen hatte und derselbe auch erschienen war, so hielt er es für einen kleinen Vortrag über die Zwecke und Ziele des Verbandes, damit die hiesigen Kollegen ihn erst kennen lernen sollten. Sodann wurde zur Wahl geschritten und wurde von der hiesigen Poststelle der genannte Kandidat, E. i. n. i. l. G. r. o. p. p. l. e. r. in Berlin, gewählt. Die Wahlkommission bestand aus den Kollegen L. e. h. S. t. o. d. e. r. und L. i. n. d. e. r. b. e. r. g. Kollege G. r. o. p. p. l. e. r. erhielt 16 Stimmen, eine Stimme war unglücklich. Im „Verschiedenen“ verlas der Kassier den Brief, den er am 18. v. M. vom Vorleser erhalten hatte. Die Mitglieder sprachen sich in dem Sinne aus, daß der Hauptvorstand die M. 16.97, die der frühere Kassier B. e. r. n. e. r. v. e. n. t. u. r. e. n. t. hat, viel leichter tragen könne, als die kleine Poststelle, oder sie hätten jetzt die beste Gelegenheit dazu, auf dem Kongreß die Sache zu regeln. Wir hatten vor längerer Zeit den Antrag gestellt, daß die fauberen Kollegen veröffentlicht werden sollten, da erzielten wir die Antwort, es würde dem Verband mehr schaden als nützen; jetzt aber müßten wir darunter leiden und deren Sachen in Ordnung bringen. Vor Schluß der Versammlung forderte der Bevollmächtigte die Kollegen auf, doch dafür zu sorgen, daß die nächste Versammlung besser besucht würde, da in derselben die Neuwahl der gesamten Verwaltung stattfinden soll. Da sich weiter niemand zum Wort meldete, schloß der Bevollmächtigte um 10 1/2 Uhr die Versammlung.

Wiedede. Am 13. Januar fand im Lokale des Herrn Sobert eine öffentliche Versammlung der Maurer von Wiedede und Umgegend statt mit der Tagesordnung: Welpredung der Lobangelegenheiten und -Beschwerden; Vor Eintritt in die

Zugordnung wurde das Ableben des Verbandsvorsitzenden... Die Versammlung... hat das Ansehen des Verbandes durch Erleben von den Seiten...

Ergebnisse. Am 7. Januar fand die regelmäßige Mitglieder-Versammlung der hiesigen Bahnhöfe des Zentralverbandes... Nach dem das Protokoll verlesen, verlas der Kassierer...

Ergebnisse. Am 16. d. M. im „Lionen“ abgehaltenen öffentlichen Maurerverammlung... unter Leitung der Kollegen Häselich, Räßner und Dietel...

Schluss. Am Mittwoch, den 17. d. M., fand in den „Vollhallen“ eine schwach besuchte Versammlung der Maurer... Nach dem der Kollege Jakob einen kurzen Ueberblick...

Mielefeld. Am Sonntag, den 20. d. M., fand unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung statt... Nach dem die Abrechnung vom Kassierer verlesen und dieselbe der Bestätigung...

Münsterberg. Am Sonntag, den 14. d. M., Nachmittags 1/3 Uhr fand eine Mitglieder-Versammlung der hiesigen Bahnhöfe des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands...

gewählt. Zu „Verstärkenden“ theilte der Vorsitzende, Kollege Buerger, den Mitgliedern mit, dass die Wollstoff-geräthlicher...

Stuttgarter. Am Sonntag, den 14. Januar, fand die regelmäßige Mitglieder-Versammlung der hiesigen Bahnhöfe in der Gewerkschafts-Herberge „Zum Hirsch“ statt...

Bauhandwerker.

Münsterberg. Eine öffentliche Bauhandwerker-Versammlung fand am 17. d. M. im „Café West“ statt, in welcher Herr Borenz aus Hamburg über „Die wirtschaftliche Lage und die Gewerkschaftsorganisation“ referirte...

Regau. Eine öffentliche Bauhandwerker-Versammlung tagte am 19. Januar im „Vollhof“, zum Zweck Elefantent... Nach einigen einleitenden Worten des Vorsitzenden...

Stuttgarter.

Hamburg. Eine öffentliche Arbeiter-Versammlung der Stultgarter und verwandten Berufsgruppen fand am 15. d. M., Vormittags 11 Uhr, bei Maxdorf, Reughausmarkt, statt...

Rehe sein könne. Die nächste öffentliche Versammlung wird am 29. d. M. stattfinden.

Krankenkasse.

Hannover. Am Sonntag, den 14. Januar, fand eine Mitglieder-Versammlung der Zentral-Krankenkasse der Maurer, Pläßer (Wahlhändler) und Stultgarter-Deutschlands, drilliche Verwaltungskasse Hannover, statt...

Gerichts-Chronik.

„Zum Kapitel der „väterlichen“ Zehntungsrecht. Im Hamburgischen Gewerbegericht lagte jüngst der Schneidermeister L. gegen den Vater des Lehrlings S. auf Rückkehr des Lehrlings in die der väterlichen Meinung nach widerrechtlich verlassene Lehre oder Zahlung einer Entschädigung von M. 100...“

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. G. W. Dietz Verlag) ist eben das 16. Heft des 12. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Großhans und Preßwerke. — Das Sinken der Preise auf dem Weltmarkt. — Der Bericht der englischen Arbeiterkommission über die Arbeiterfrage in Deutschland. — Ein Bericht über die Einführung der Kranken- und Unfallversicherung in der Schweiz. — Von Otto Lang (Augsb.). — Rodwalds Anor's Katesismus. — Literarisches Rundschau. — Kitzgen: Die Tierproduktion im Braunkohlegebiet. Die Unterwerfung der Natur durch den Menschen. — Die Geschichte der Arbeiter in Russland. — Feuilleton: Winter. Robuste von Karl Barfen. Einzige autorisirte Uebersetzung von Ernst Brandewetter.

